

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Hessen, Kaiser-Friedrich-Ring 77, 65185 Wiesbaden

Marburger Bündnis "Nein zum Krieg!"
Per Mail

**Landesverband
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Hessen**

Kaiser-Friedrich-Ring 77
65185 Wiesbaden
Telefon: 06 11 / 9 89 20-0
Telefax: 06 11 / 9 89 20-33
landesverband@gruene-hessen.de
www.gruene-hessen.de

Wiesbaden, 26. September 2023

Antwort auf Ihren Wahlprüfstein

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine zur hessischen Landtagswahl 2023. Wir haben uns bemüht, Ihnen ausführliche Antworten auf Ihre Fragen zu geben. Sollten Sie Rückfragen haben, so melden Sie sich gern erneut bei uns.

Unsere Antworten finden Sie auf den folgenden Seiten.

Mit freundlichen Grüßen



Bärbel Hartmann
Landesgeschäftsführerin
Landesverband BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Hessen

1. Bildung u. Friedenserziehung:

Wie soll Friedenserziehung als allgemeines Bildungsziel in der Arbeit an Kitas, Schulen, Hochschulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung verankert und umgesetzt werden?

Wie werden Sie die Handlungsmöglichkeiten der Hochschulen für Zivilklauseln (keine Beteiligung an Kriegsforschung) unterstützen?

Antwort:

Bereits in der Kita legen wir mit altersgerechter Demokratie- und Friedenspädagogik den Grundstein für ein gutes Miteinander. Die Friedenserziehung und Menschenrechtsbildung sind zudem in § 6 (4) des Hessischen Schulgesetzes als besondere Bildungs- und Erziehungsaufgabe verankert und werden somit als Querschnittsthema fächerübergreifend gelehrt. Die interdisziplinäre Friedens- und Konfliktforschung werden wir als hessischen Forschungsschwerpunkt weiter stärken. Die Frage, ob an Hochschulen zu militärischen Zwecken geforscht wird, berührt die Freiheit von Forschung und Lehre und liegt somit in der Entscheidung der Hochschulen. Wir begrüßen jedoch die freiwillige Selbstverpflichtung (Zivilklauseln) der Mehrheit der hessischen Hochschulen, keine Forschung mit militärischem Nutzen zu betreiben oder zu unterstützen.

2. Kriegsprävention (Friedensgebot, Art. 69 Hessische Verfassung)

In Hessen stationiertes Aggressionspotenzial, Kasernen, Munitionslager, Rüstungsbetriebe und Kommandozentralen sind Angriffsziele für einen Gegner, der sich bedroht sieht.

Was werden Sie unternehmen, um diese Gefahrenlage zu entschärfen, insbesondere:

Werden Sie gegen die von hessischem Boden aus gesteuerten weltweiten Kriegsvorbereitungshandlungen, z.B. der US-Kommandozentrale in Wiesbaden, aktiv?

Werden Sie Rüstungskonversionsprogramme initiieren oder zumindest unterstützen?

Werden Sie dafür aktiv, dass Hessen per Landtagsbeschluss ein politisches Zeichen setzt für den Atomwaffenverbotsvertrag?

Antwort:

Für die Errichtung von Kasernen und anderen militärischen Stützpunkten ist die Bundesregierung zuständig. Wie alle anderen 15 Bundesländer sind diese auch in Hessen stationiert. Wir stehen zur Bundeswehr als Parlamentsarmee, die Einsätze im Rahmen des Grundgesetzes und der Vereinten Nationen ausführt. Deshalb stehen wir auch zu den Stützpunkten der Bundeswehr in Hessen. Entscheidend ist, dass von der deutschen Außenpolitik keine militärischen Aggressionen ausgehen, sondern Deutschland ein Partner für internationale Zusammenarbeit und Kooperation ist, dies ist aus unserer Sicht der Fall. Gleichzeitig ziehen wir eine klare Kante gegenüber jenen Staaten, die internationales Recht verletzen.

Bündnisse mit anderen Staaten, die ihre Verfassung auf demokratischen Werten bauen, sind aus unserer Sicht ein wichtiges Element einer globalen Sicherheits- und Friedensarchitektur. Gemeinsam genutzte Infrastruktur und Kooperationen stärken diese Bündnisse. Aktivitäten, die von befreundeten Nationen über den Boden der Bundesrepublik ausgeführt werden, müssen internationalen Verträgen entsprechen. Verstöße dagegen müssen von der Bundesregierung konsequent verfolgt werden.

Hessen verfügt über zahlreiche Konversionsflächen, die über den Bund verwaltet und von den Kommunen neu beplant werden. Dies begrüßen wir, da so oft neuer Wohnraum oder Platz für Natur gewonnen werden kann.

Zahlreiche unserer Abgeordneten unterstützen die Initiative der Parlamentarier von ICAN, der internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen.

3. Öffentlicher Raum und Werbung: Zugang der Bundeswehr zu Schulen und Ausbildungsmessen sowie öffentlichen Reklameflächen zu Werbezwecken

Was wollen Sie tun, um die systematischen Versuche der BW zurückweisen, die Zivilgesellschaft zu durchdringen und ihr gesellschaftliches Akzeptanzimage aufzuwerten?

Antwort:

Die Einbeziehung von externen Referent*innen kann das Schulleben bereichern. Von entscheidender Bedeutung ist für uns dabei, dass es nicht zu einseitigen Darstellungen kommt und dass Externe den Unterricht nicht ersetzen, sondern in ein pädagogisches Konzept der Lehrkräfte eingebunden sind. Hierfür werden wir uns auch weiterhin stark machen. Die Entscheidung, Werbung der Bundeswehr an Hochschulen zuzulassen, liegt im Ermessen der Hochschulen. Die Senate können entsprechende Richtlinien erlassen und die Werbung und den Auftritt von Dritten an der Hochschule regeln.

4. Der Hessestag – eine Möglichkeit, die kulturelle Vielfalt des Landes und zugleich die Fähigkeit zu Integration und Frieden zu präsentieren

Wie soll erreicht werden, dass sich das Land als friedliches Hessen - und nicht auf einem Teil seiner Fläche als waffenstrotzender Aufmarschplatz - darstellt, wo bereits Kindern die Faszination am Waffenspektakel vermittelt wird?

Antwort:

Der Hessestag ist ein Fest der Vielfalt und ein Ort für Begegnungen. Dort präsentieren sich Verbände und Vereine, die Landesregierung, der Naturschutz und eben auch die Bundeswehr. Wir stehen zur Bundeswehr als Parlamentsarmee, die Einsätze im Rahmen des Grundgesetzes und der Vereinten Nationen ausführt. Entsprechend kann sich die Bundeswehr wie andere staatliche Organe auf dem Hessestag präsentieren. Die Präsentation stellt auch die unterschiedlichen Aufgaben und Einsätze der Bundeswehr dar. Kriege und militärische Einsätze sind Teil der Realität, es kann kein Argument sein, auf einem Hessestag nur eiteln Sonnenschein zu zeigen, sondern der Hessestag darf und soll auch Ort für politische Debatten sein. Der Stand bietet deshalb auch die Möglichkeit, kritisch in den Austausch mit den Soldat*innen zu kommen. Diese Möglichkeit schätzen wir in einer demokratischen Gesellschaft.

5. Friedenskultur (Art. 62 in Verbindung mit Art. 69 Hessische Verfassung)

Erkennen Sie weitere Maßnahmen der Militarisierung unseres Landes, und wie wollen Sie diese zurückweisen?

Was werden Sie tun, um Feindbilder abzubauen und deren Propagierung entgegenzutreten? Was wollen Sie tun, um der Einschränkung der Meinungsvielfalt in den Medien bis hin zur Zensur Einhalt zu gebieten?

Wie werden Sie den Umgang mit öffentlicher antimilitaristischer Erinnerungskultur fördern? Was werden Sie tun, um die ehrenamtliche Arbeit der Friedensinitiativen in Hessen zu unterstützen?

Antwort:

Diese Umsetzung dieses Ziels in der Verfassung Hessens, aber auch in der Charta der Vereinten Nationen, ist zentral. Denn Krieg und Leid gilt es zu vermeiden, und dafür Völkerverständigung auszubauen. Hierzu trägt das Land Hessen bereits vielfältig bei. Hier zu nennen sind beispielsweise

die Partnerschaften des Landes mit anderen Regionen, Städtepartnerschaften der Kommunen, Freundeskreise des Hessischen Landtags, aber auch Schüleraustausche, Delegationsreisen, die Verlosung von 3.300 Interrail Tickets an Jugendliche und das neue Europa-Festival fördern den Austausch aus Hessen in die Welt.

Wir wollen den europaweiten Austausch und die Basis interkultureller Kompetenzen auf Behördenebene fördern und damit auch die bestehenden Städte- und Regionalpartnerschaften mit Leben füllen und neue Partnerschaften fördern. Dabei haben wir einen besonderen Fokus auf kulturelle, wissenschaftliche und wirtschaftliche Kooperationen mit den EU-Beitrittsländern Ukraine, Moldau, Georgien und den Staaten des westlichen Balkans.

Ebenfalls wichtig ist die Förderung von Entwicklungszusammenarbeit. Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode einen neuen Fokus auf Strategische Partnerschaften für Kreativität, Kunst und Kultur im Rahmen von Erasmus+ und Kreatives Europa und Europa besonders für junge Menschen erlebbar machen.

Mit dem Leitbild der Nachhaltigkeitsstrategie und den Leitlinien zur Entwicklungszusammenarbeit hat sich die Hessische Landesregierung zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 verpflichtet. Dies wollen wir gemeinsam mit den zivilgesellschaftlichen Kräften, insbesondere mit Verbänden, Akteur*innen, migrantischen Communitys und Vereinen mit internationalen Bezügen weiterentwickeln. Gerade für ein international so verflochtenes Land wie Hessen ist eine wertegeleitete sowie feministische Entwicklungszusammenarbeit und Außenwirtschaftspolitik wichtig. Deshalb werden wir u. a. die Arbeit des Entwicklungspolitischen Netzwerks Hessen (EPN) stärker fördern sowie Städte und Gemeinden dabei unterstützen, Fair-Trade-Kommunen zu werden.

In Hessen findet keine staatliche Zensur von Medien statt und es herrscht eine große Vielfalt an Meinungen, die öffentlich durch Privatpersonen, aber natürlich auch Medien und Verlagen vertreten wird.

6. Unterstützung von Menschen, die vor Krieg geflohen sind (Art. 7 Hess. Verfassung)

Wie werden Sie die Kommunen und ehrenamtlich tätige Initiativen unterstützen, die vor Krieg Geflüchtete betreuen?

Was werden Sie tun, um hierher geflohenen Kriegsdienstverweigerer, Desertierten und Kriegsdienstentziehenden Schutz zu gewähren?

Antwort:

Wir haben in der Vergangenheit bereits durch die Aktionspläne zur Integration von Geflüchteten und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts Schutzsuchenden geholfen und Integration ermöglicht. Das Land hat die Erstaufnahmekapazitäten Hessens gesichert und erhöht, sowie eine Koordinierungsstelle zur Flüchtlingsunterbringung als praktisches Unterstützungsangebot für Kommunen errichtet. Wir haben einen institutionalisierten Dialog mit den Kommunen aufgebaut und sind im Gespräch mit ihnen über eine faire Lastenverteilung und der Überprüfung der Zuweisungskriterien Geflüchteter.

Mit dem im Jahr 2021 eingeführten Integrationsgeld von einmalig 3 000 Euro unterstützen wir die soziale Betreuung der benannten Personen und deren Integration. Aus Bundes- und Landesmitteln erhalten die Kommunen zu dem über das Landesaufnahmegesetz geregelte monatliche Pro-Kopf Pauschalen je nach Standort. Dieses Jahr sind somit insgesamt 672 Millionen Euro an die hessischen Kommunen geflossen. Darüber hinaus unterstützen wir die Kommunen mit Integrationslots*innen, dem landeseigenen Sprachprogrammen „MitSprache - Deutsch4U“, den vier Psychosozialen Zentren für Geflüchtete und der Koordinierungsstelle Kinder mit Fluchthintergrund. Zudem stärken wir die Willkommens- und Anerkennungskultur mit dem Landesprogramm WIR. Das Programm unterstützt

bestehende Angebote und fördert die Integration vor Ort - dort, wo Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte sich treffen und ein Bewusstsein für Vielfalt entsteht. Wir haben zudem als sechstes Bundesland das erste hessische Integrations- und Teilhabegesetz auf den Weg gebracht, damit Eingewanderte einen rechtlichen Anspruch auf Integration, Teilhabe und Zusammenleben in Vielfalt erhalten. Diesen Weg werden wir fortsetzen. Integration gelingt am besten vor Ort in den Kommunen. Deshalb liegt für uns ein Fokus auf der Stärkung der Arbeit der vom Land geförderten WIR-Vielfaltszentren.

Für Kriegsdienstverweigerer ist die Anerkennung als Asylgrund leider oft schwierig. Das deutsche Asylrecht setzt eine europäische Richtlinie um, die bestimmten Bedingungen für ein Anrecht auf Asyl vorsieht. Dies liegt daran, dass Staaten das Recht haben, ihre Bürgerinnen und Bürger zum Krieg einzuziehen. Das endet dort, wo absehbar ist, sich an Kriegsverbrechen beteiligen zu müssen, oder für die Verweigerung drakonische Strafen befürchten müssen. Deshalb konnten beispielsweise russische Soldaten, die aufgrund des Angriffskriegs desertiert sind, Asyl in Europa bekommen. Dies begrüßen wir.

7. Beendigung von Kriegshandlungen.

Haben Sie den Eindruck, dass Rüstungsexporte ein geeignetes Mittel sind, um Flucht vor Krieg und Zerstörung zu vermeiden? Was soll das Bundesland Hessen tun, um der 'Politik der Zeitenwende' zu widersprechen, dass der Krieg mit Waffen befeuert werden müsse bis zum Sieg - weil nämlich der Frieden gewonnen werden muss ("Verhandeln statt Schießen!")?

Antwort:

Wir verurteilen den völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine aufs Schärfste, er bringt unermessliches Leid über die Zivilbevölkerung. Massaker, Folter und Vergewaltigungen sind dort, wo die russische Armee vorrückt, an der Tagesordnung. Das Recht zur Selbstverteidigung in Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen gibt jedem Mitgliedstaat das Selbstverteidigungsrecht gegen einen bewaffneten Angriff. Dies nimmt die Ukraine zurecht wahr. Sich nicht zu wehren, würde für die Ukraine keinen Frieden, sondern eine gewaltvolle Besatzung bedeuten, die Menschenrechtsverletzungen sicher zur Folge hätte. Jedes Volk hat das Recht, seine Regierung selbst zu bestimmen, und nicht durch fremde Staaten besetzt zu werden. In diesem Selbstverteidigungsrecht unterstützen wir die Ukraine gemeinsam mit anderen demokratischen Staaten. Der Großteil der Hilfen Deutschlands ist ziviler Natur, aber auch Waffenlieferungen sind Teil dieser Unterstützung und Solidarität. Der Krieg wird durch die Waffenlieferung nicht befeuert, sondern die Besiegung der Ukraine durch den Aggressor Russland verhindert. Gleichzeitig finden richtigerweise weiter Verhandlungen statt. Denn am Ende kann ein Frieden nur durch eine Verhandlungslösung erreicht werden, zu keinem Zeitpunkt ist das Ziel der Ukraine, Deutschlands oder anderer Partner, die Besiegung Russlands. Deshalb steht bei den Waffenlieferungen auch zurecht im Mittelpunkt, dass diese nicht für Angriffe gegen Russland auf russischem Gebiet genutzt werden. Eine Verhandlungslösung ist aber nur möglich, wenn dies von Russland als Aggressor auch gewollt ist.